

## Netzwerk Mittelstand Zitat des Monats

## „Ein Volk ohne Vertrauen“

Dies war die Überschrift eines Artikels in der Welt am Sonntag vom 12. März 2006. Vier von fünf Deutschen haben danach das Vertrauen in die Politik verloren. Das Wahlergebnis bei der Kommunalwahl zeigt entsprechende Ergebnisse.

60 % der Bürger sind unzufrieden mit der Art und Weise, wie in Deutschland Politik betrieben wird. In Ostdeutschland sogar 74 %. 43 % bezeichnen den Vertrauensverlust in der Politik als groß, 36 % sogar als sehr groß. Bei den Institutionen, denen die Deutschen vertrauen, steht die Polizei mit 76 % an erster Stelle, vor dem Bundespräsidenten mit 69 %, Bundesregierung 38 %, die europäische Union 31 %, politische Parteien 17 %. Die Parteien rangieren mit 17 % weit abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Es ist kein Wunder. Es wird nicht gegengesteuert, der Arbeitsmarkt verändert sich nicht. Die ca. 40.000 Unternehmensinsolvenzen und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste in Höhe von ca. 600.000 pro Jahr werden hingenommen. Der Verkehrswegebau wird durch das unsinnige Klagerrecht der Naturschutzverbände extrem behindert. Artenschutz!! Aber wer schützt den Menschen? Die Bevölkerung leidet unter einer EU-Verdrossenheit u.a. durch den „Teuro“ und das anhaltende EU-Fördergefälle von den alten Bundesländern über die neuen Bundesländer bis zu Polen, Tschechien und der Slowakei, dort verbunden mit Lohnkostenvorteilen und Niedrigsteuersätzen. Diese Faktoren führen weiterhin zur Abwanderung von Unternehmen aus Deutschland. Parallel leiden die Unternehmen unter der EU-Bürokratie. Der vollmundig angekündigte Bürokratieabbau der Bundesregierung droht zum Rohrkrepierer zu werden. Beim Mittelstand ist Stillstand eingetreten, faktisch hat sich bisher in der großen Koalition für den Mittelstand wenig zum Positiven verändert. Für

die großspurig angekündigte Steuerreform für den Mittelstand, die eine Anschubfinanzierung benötigt, soll nun kein Geld mehr da sein, weil die Maastricht-Kriterien erst einmal erfüllt werden sollen, obwohl hierdurch von der Politik insbesondere durch die kleinen Mittelständler der Funke verhindert wird, welcher der Konjunktur den ausschlaggebenden „Schub“ geben könnte. Dies ist besonders für die kleinen Personunternehmen, welche die Mehrheit darstellen bitter! Denn sie sind steuerlich noch immer schlechter gestellt als Kapitalgesellschaften.

Eine repräsentative Untersuchung des Berliner Forsa-Instituts, welche für die Alfred Herrhausen Gesellschaft erstellt wurde, ergab, dass 4 von 5 Bundesbürgern dem Führungspersonal der Politik nicht über den Weg trauen.

Ihre Hoffnung, dass Parteien und Regierung zum Wohl der Gesellschaft handeln, ist erloschen. In den Augen der meisten Menschen bietet die neue Regierung zwar ein besseres Bild als ihre Vorgängerin, doch das ist noch kein Grund, wieder Vertrauen in die Spitze des Berges zu setzen.

In diesem Zusammenhang ist die Meldung ein Trugschluss, dass die Zahl der Selbstständigen in freien Berufen steigt, sondern es ist auch gleichzeitig ein Zeichen von Verarmung, denn immer mehr Entlassene suchen so ihr Auskommen. Minijobs werden zusätzlich belastet und unattraktiver gemacht. Die Chancen auf Beschäftigung für schlecht qualifizierte Arbeitskräfte wird womöglich durch die Kombi- und Mindestlöhne der Garaus gemacht. Zusätzliche Belastung durch die neue Dienstwagenregelung. Die Politik ist auf die kleinen Unternehmen angewiesen, wenn sie Wachstum anstoßen will. Doch anstatt sie besonders pfleglich zu behandeln, sucht der Gesetzgeber nach Möglichkei-

ten, sie weiter auszuquetschen. Die Vorverleugung der Sozialabgabentermine, die geplante Mehrwertsteuererhöhung, die weiter wachsende Bürokratieflut. Wie auf diese Weise die Ertragskraft der Unternehmen gestärkt, ihre Kapitaldecke verlängert, mehr Beschäftigung erreicht und die Schwarzarbeit bekämpft werden soll, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis der Regierung. Bisher hat Schwarz-Rot dem Mittelstand vor allem Versprechungen geboten. Nötig sind aber echte Reformschritte und ein berechenbarer Kurs.

Zur Zeit heißt dies: „Stillstand beim Mittelstand“ (FAZ 18. März 2006). Angela Merkel sollte sich von positiven Umfragewerten nicht einlullen lassen, Stimmungen kippen schnell.

Alwin Altrichter,  
www.mittelstand-kassel.de ■